

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

## Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/110: 08.11.2003 – 05.05.2004

**08.11.2003**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 8. November 2003 (x887/...):

>>"Hällowien" / Horror statt Christentum

Sankt Martin hat in den Abartigkeiten des Halloweens eine unheilige Konkurrenz bekommen. Dies kann man in diesen Tagen feststellen. In den katholischen Hochburgen - allen voran im Rheinland - war es bisher von alters her Brauch, daß die Kinder am 9. November mit selbstgebastelten Laternen in einem Lichterumzug einem stolzen Reiter folgten.

Der Reiter, er trägt einen roten Mantel, verkörpert den um 316 in Pannonien geborenen Sohn eines römischen Tribuns. Martinus, der dem römischen Kriegsgott Mars geweihte, gehörte seit seinem 15. Lebensjahr der kaiserlichen Garde an. Mit 18 aber nahm Martin den christlichen Glauben an. 361 gründete er in Ligugé das erste Kloster Galliens und wurde zehn Jahre darauf von den Gläubigen zum Bischof gewählt.

Von dem 375 durch ihn gegründeten und nahe Tours gelegenen Kloster Marmoutier aus verbreitete Martin das Evangelium in Gallien. Unter Chlodwig, dem Merowinger, wurde der am 8. November 397 verstorbene Martin Schutzheiliger und sein Mantel zur Reichsreliquie.

Seitdem wird das Fest als christliches, weniger merowingisches, von den Franken gefeiert. Heute gilt Martins Beispiel, der einen Teil seines Legionärsmantels einem Bettler gegen die winterliche Kälte gab, als ritterlicher Gnadenakt. Die Kinder begehen das Martinsfest nicht nur mit einem Lichterumzug. Sie ziehen mit ihren bunten Laternen außerdem von Haus zu Haus und künden den Menschen mit ihren Liedern von der christlichen Barmherzigkeit, die Martin uns vorgelebt hat. Dieser christliche Brauch wird nun zunehmend von einem aus Amerika herüberschwappenden Halloweengrusel verdrängt.

Kinder verkleiden sich nun als Gespenster und sonstige Horrorfiguren, nerven die Menschheit mit ihrem drohenden "Süßes oder Saures!" und ziehen mit der Gewißheit ins Leben hinaus: Wer Drohungen ausspricht, statt von Barmherzigkeit zu singen, der kommt auch an sein Ziel. Doch woher kommt dieser unheilige "Miß"-Brauch? Schon die frühen Kelten kannten ein herbsthliches Fest, das sie "Samhain" nannten - erst später, im christianisierten Schottland, kam der Name "Halloween", deutsch: "Hällowien", auf.

Samhain ist nicht Hexen-Sabbat, es bedeutet das Ende der dritten und letzten Ernte im Jahr, den Beginn des Winters. Zugleich gilt der Herbst als Jahreszeit der Geister. Umherspukende Wesen sollten besänftigt werden, indem man ihnen "Seelen-Kuchen?!" opferte. Der Halloween-Brauch, der in ähnlicher Form auch als tradiert heidnischer Brauch in deutschen Regionen gepflegt wurde, wurde vor allem von den Iren mit in die "Neue Welt" gebracht, als sie während der großen Hungersnöte zwischen 1830 und 1850 in großer Zahl in die USA einwanderten.

In den 1960er Jahren wurde es erstmals große Mode, den Nachwuchs als Fernsehfigur zu verkleiden. In den 70er Jahren tauchten dann Halloween-Dekorationen in den Geschäften auf.

Leute, die Spaß an Halloween hatten, schmückten nun ihre Häuser innen und außen mit Kürbis-Laternen, Monster-Fratzen und künstlichen Spinnengeweben. Der Brauch wurde kommerzialisiert und erreichte in den letzten Jahren die "alte Welt", aus der er einst kam.

Mit anderen Worten: es hat sich durchgesetzt, woran man Geld verdienen kann. Was bleibt ist Grusel statt Gott und Horror gegen christlichen Ethos. Sichtbarere Zeichen des Werteverlustes in der Erziehung unserer Nachkommen gibt es nicht.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 8. November 2003 über die deutschen militärischen Verluste (x887/...): >>**Zweiter Weltkrieg: "... ein Geheimnis bleibt der Tod"**

### **Die deutschen militärischen Verluste betragen 5.318.000 Gefallene**

Es wird viele Leser überraschen, daß bis vor kurzem eigentlich nicht bekannt war, wie viele deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges den Tod gefunden haben. In der Literatur wurden ganz unterschiedliche Angaben gemacht; am häufigsten fand man eine Zahl von drei bis fünf Millionen toter Soldaten, die im Kampf gefallen, in Gefangenschaft umgekommen oder verschollen sind.

Jetzt liegt eine wissenschaftliche Erhebung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vor, die den Anspruch erhebt, realistische Zahlen über die deutschen militärischen Verluste im Zweiten Weltkrieg zu liefern. ...

Sie besagt, daß die deutschen militärischen Verluste höher waren als bisher angenommen. Overmans, der in einem umfangreichen Buch unter dem Titel "Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg" seine Arbeit und deren Ergebnisse vorstellt, kommt zu dem Schluß, daß im Zweiten Weltkrieg 5.318.000 Soldaten der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS gefallen sind. Eingeschlossen sind die in den Reihen der deutschen Truppen kämpfenden Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa, Elsaß-Lothringen und Luxemburg sowie aus Südtirol.

Nicht ermittelt werden konnten die Verluste der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, die als Ausländer freiwillig gegen den Bolschewismus kämpften, weil die "Wehrmachtsauskunftsstelle", die einen großen Teil der Unterlagen beisteuerte, für die Anzeige dieser Sterbefälle nicht zuständig war.

Hans Werner Neulen, der Standardwerke über die ausländischen Freiwilligen verfaßt hat, schätzt die Verluste der ausländischen Waffen-SS-Einheiten auf 50.000. Bei ihm fehlen aber ebenfalls die Verluste der etwa eine Million Sowjetbürger, die auf deutscher Seite kämpften. Die Unterlagen über die Ostfreiwilligen verbrannten im Juli 1948 unter ungeklärten Umständen. Die sowjetischen Sieger erzwangen außerdem die Herausgabe der Erkennungsmarkenverzeichnisse der fremdländischen Einheiten innerhalb der Deutschen Wehrmacht. Auch die Unterlagen über die in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten der slawischen Staaten wurden von der Sowjetunion geraubt und in die UdSSR gebracht. Angeblich sollen sie in Podolsk in 377 Kisten mit Unterlagen lagern. ...

Es ... mußten unendliche Schwierigkeiten überwunden werden, um die Unterlagen der für die Erfassung der Verluste zuständigen Institutionen vor Chaos und vor dem Zugriff der Sieger zu sichern. Wie gefährdet sie waren, mag daraus hervorgehen, daß amerikanische Truppen die umfangreichen Nachlässe Gefallener, die nicht sofort den Angehörigen hatten zugestellt werden können und die daher zeitweise bei den von Berlin nach Thüringen ausgelagerten deutschen Dienststellen aufbewahrt wurden, nach der Besetzung Thüringens plünderten. Und was die amerikanischen Soldaten nicht stahlen, daß raubten die Sowjets, die nach den US-Streitkräften in das grüne Herz Deutschlands einrückten.

Allerdings konnten die verbleibenden deutschen Betreuer der Wehrmachtsauskunftsstelle im Juli 1945 auf 275 LKW insgesamt 531 Tonnen Akten - das waren 40 Prozent des gesamten Bestandes - in die Gegend von Kassel retten. Ein Jahr später wurden sie wieder nach Berlin

transportiert, um Teil des amerikanischen Document Centers zu werden. Im selben Jahr 1946 aber ordnete die amerikanische Besatzungsmacht völkerrechtswidrig die Verbrennung aller Unterlagen an. Ein für die Unterlagen verantwortlicher US-Offizier aber wandte sich hilfesuchend an die ebenfalls in Berlin residierenden französischen Besatzungstruppen.

Die Franzosen waren vor allem an den Unterlagen über Elsaß-Lothringer in der Wehrmacht interessiert. Daher waren sie bereit, die gesamten Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle zu übernehmen, wodurch sie vor amerikanischer Vernichtung gerettet wurden.

Zwar begannen sich die Verhältnisse allmählich zu normalisieren, doch konnte nicht verhindert werden, daß im Juli 1948 bei einem ominösen Brand in der Deutschen Dienststelle ein Teil der Akten vernichtet wurde, darunter bezeichnenderweise nicht nur die Unterlagen über die Ost-Freiwilligen, sondern auch die Friedhofslisten der von den US-Truppen unter unmenschlichen Bedingungen auf den Rheinwiesen eingerichteten riesigen Gefangenenlager, in denen Zigtausende deutscher Kriegsgefangener elendiglich umgekommen waren.

Den britischen Besatzungstruppen fielen die Unterlagen der Marine-Personal-Dokumentations-Zentrale in die Hände, die sie ebenfalls vernichten wollten. Auch hier rettete derselbe französische Offizier die Unterlagen, der schon 1946 die amerikanische Vernichtungsabsicht vereitelt hatte.

1951 wurden die verschiedenen Dienststellen, die über Unterlagen zu den Soldaten verfügten, zur "Deutschen Dienststelle" vereinigt. ...

Ein besonders trauriges Kapitel für die Erfassung deutscher Gefallener stellt die entsprechende Arbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dar. Seit 1960 wurden in der DDR keine deutschen Gefallenen mehr geborgen und bestattet. Kriegsgräber, seien es Einzelgräber oder Kriegsgräberfriedhöfe, wurden von den zuständigen kommunistischen Stellen auf Berliner Weisung hin an vielen Orten eingeebnet. Immerhin ließ die DDR in den 70er Jahren die noch vorhandenen Kriegsgräber registrieren.

Zur Zeit sind noch etwa 200.000 Gefallene im Oderbruch nicht geborgen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit der Wende intensiv mit den Bergungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, daß etwa die Hälfte der überall im Gelände verscharrten deutschen Gefallenen noch identifiziert werden kann. Nach der Wende entdeckte man in der DDR Gräberkarteien der bis 1945 erstatteten Kriegssterbefälle und die Unterlagen der Wehrmachtsgräberoffiziere, die von der Sowjetunion erbeutet und verschlossen worden waren. Auch im Militärarchiv der DDR wurden umfangreiche Unterlagen über deutsche Soldaten gefunden, die immer noch ausgewertet werden. ...

Damals fielen 5.318.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS (ohne Ausländer). Damit ist im Deutschen Reich jede 8. männliche Person gefallen. Besonders groß waren die Verluste der Jahrgänge 1920 (hier fielen 41,1 Prozent), 1924 (38 Prozent), 1914 (36,7 Prozent). Zu den Gefallenen zählen auch die in der Kriegsgefangenschaft zu Tode gekommenen Soldaten. 28 Prozent aller Wehrmachtssoldaten fielen, von der Waffen-SS aber waren es 34 Prozent, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß deren Truppenteile häufig als "Feuerwehr" an Brennpunkten eingesetzt wurden und daß die Soldaten der Waffen-SS besonders intensiv kämpften.

Allein an der Ostfront starben 2,7 Millionen Soldaten; rechnet man die Verluste im Endkampf in Ostdeutschland hinzu, sowie die deutschen Kriegsgefangenen, die in der UdSSR ums Leben kamen, betragen die Opfer im Osten sogar vier Millionen. Overmans bestätigt übrigens, daß von den deutschen Soldaten, die vom Beginn bis zum Frühjahr 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, 95 Prozent umgekommen sind, und das heißt in den meisten Fällen, daß sie ermordet wurden. Während im Ersten Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten fielen (14 Prozent aller Soldaten), mußten im Zweiten Weltkrieg 5,3 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben lassen, das waren 28 Prozent aller Soldaten. ...<<

**15.11.2003**

**BRD:** Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schreibt am 15. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>>Undank ist der Deutschen Lohn

Erstmals werden in der Bundesrepublik Deutschland die Renten gekürzt. Deutschlands Städte protestieren gegen ihre Finanznot und fürchten den Kollaps der Kommunen. Die Krankenkassen sind im Defizit. Das Geld für die Bildung als der wichtigsten Zukunftsinvestition fehlt. Die erwarteten Steuern bleiben aus. Die eurobedingten Preissteigerungen haben zu einer zusätzlichen Kaufzurückhaltung geführt, die jedermann beim Einkauf des alltäglichen Grundbedarfs und bei jedem Restaurantbesuch spürt, auch wenn Statistiker versuchen, diese Entwicklung schönzurechnen.

So oder so wird eine Steuerreform mit dem Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit nur auf Pump möglich sein und so zu einer Schraube ohne Ende. Sparen an allen Ecken und Enden wirkt sich als Sozialabbau aus. Eine Inflation an Kommissionen aller Art aus tatsächlichen und vermeintlichen Fachleuten beweist die Ratlosigkeit der Regierung und der Parlamente.

Jedenfalls ist Deutschland nicht mehr in der Lage, den sogenannten Stabilitätspakt zu erfüllen, der einst vom Euro-Kanzler Helmut Kohl und seinem Finanzminister Theo Waigel erfunden wurde, um die Deutschen darüber hinweg zu täuschen, daß ihre geliebte D-Mark auf dem Altar "Europas" geopfert wurde und eine Einheitswährung den Wettbewerb der europäischen Währungen untereinander ablöste.

Die heutige Bundesregierung handelt sich europaweit "Ermahnungen" ein, von der EU-Kommission, vom spanischen Premier Aznar und unlängst auch vom niederländischen Finanzminister Zalm, der Deutschland als dem "Erfinder des Paktes" vorwarf, "von der deutschen Stabilitätsdisziplin sei leider nicht mehr viel übrig", nicht ohne zugleich auf den "Präzedenzcharakter" der Verstöße gegen den Pakt hinzuweisen.

Angesichts dieser Entwicklungen würde Konrad Adenauer - einmal mehr - sagen: "Die Lage ist ernst", und er hätte recht. Doch weit und breit ist kein Adenauer zu sehen, der diese Lage meistern könnte - und erst recht kein Ludwig Erhard, aber auch keine Maggie Thatcher, die 1984 ihre Tasche auf den Brüsseler Verhandlungstisch knallte und die klassischen Worte sprach: "I want my money back." Rund zehn Milliarden - in Mark gerechnet - bringt seitdem der "Brittenrabatt" dem Königreich jährlich ein, und Deutschland ist mit rund drei Milliarden - wiederum in Mark gerechnet - dabei, ihn aufzubringen: Jahr für Jahr.

Damit sind die deutschen Zahlungen an die Europäische Union (EU), die zwischenstaatliche bürokratische Umverteilungsmaschinerie in Brüssel, angesprochen, um die die deutsche Politik herumschleicht wie die Katze um den heißen Brei. Im Jahr 2007 soll eine neue EU-Finanzplanung beginnen, die Verhandlungen der EU-Regierungen darüber sollen Anfang 2005 abgeschlossen sein. Bis dahin jedenfalls wird alles weiter laufen wie gehabt: Deutschland ist und bleibt der bei weitem größte Nettozahler der EU - und wer glaubt schon, daß es anders werden wird, besonders nach der Ost-Erweiterung, die Deutschland teuer zu stehen kommen wird!

Der famose Konvent mit seinem Vertrag für eine Europäische Verfassung sieht vor, daß auch über die Finanzplanung einstimmig beschlossen werden muß. Wenn dann 25 Regierungen an einem Tisch sitzen, wird jeder, der noch einen Wunsch hat, so lange blockieren, bis er zufrieden ist.

Der Heidelberger Professor Franz-Ullrich Willeke hat unlängst nach einer Auswertung der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank darauf hingewiesen, daß Deutschland seit der Wiedervereinigung von 1990 bis 2002 an die EU Nettobeträge in einem Gesamtwert von 278,9 Milliarden DM, das sind 142,6 Milliarden Euro, entrichtet hat!

Mit anderen Worten: Deutschland hat in dieser Zeit rund 279 Milliarden Mark mehr an die

EU gezahlt, als es von ihr zurückbekam! Statt Deutschland wegen seiner enormen innerdeutschen Aufwendungen zur Überwindung der vom Sozialismus angerichteten Schäden zu entlasten, stiegen seine Nettozahlungen an die EU weiter an. Willeke kommt zu dem Schluß, daß die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit auch mit diesen hohen Nettobeträgen zusammenhängen.

Dem spanischen Ministerpräsidenten Aznar, der deutsche Haushaltsdisziplin anmahnte, rechnet der deutsche Wissenschaftler vor, daß Spanien allein von 1992 bis 1997 von der EU Nettoleistungen von 28,8 Milliarden Ecu erhalten hat und damit einer der größten Nettoempfänger ist. Da Deutschland in diesen Jahren zumeist mit mehr als 60 Prozent für die Nettobeiträge der EU aufkam, wurde Spanien de facto mit rund 17 Milliarden Ecu oder Euro aus Deutschland subventioniert.

Damit hat Spanien einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag zur gegenwärtigen Stabilisierung seines Haushalts, auf die Aznar gern voll Stolz hinweist, von Deutschland erhalten. Willeke weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es allerdings nicht den gegenwärtigen internationalen Gepflogenheiten entspräche, "jemandem zu danken, dem man etwas zu verdanken hat". Andere Nettoempfänger sind Griechenland, Portugal und Irland, und künftig werden es alle neuen Mitgliedsstaaten der Ost-Erweiterung sein.

Angesichts dieser bisherigen und zu erwartenden Entwicklungen können und dürfen Deutschlands Zahlungen ins Ausland - übrigens auch seine überhöhten Beiträge an die Vereinten Nationen - bei den Anstrengungen zur Bewältigung der gegenwärtigen krisenhaften Situation im eigenen Land nicht länger außen vor bleiben. Das liegt nicht nur im deutschen, sondern nicht zuletzt auch im europäischen Interesse.

Leider ist kein Adenauer in Sicht, der die deutsche Krise meistert ...<<

**13.12.2003**

**Belgien:** Die Verhandlungen über die europäische Verfassung scheitern am 13. Dezember 2003 in Brüssel.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 2003: >>**Europäische Verfassung: "Historische Chance verpaßt" - EU-Gipfel gescheitert**

Der EU-Gipfel zur europäischen Verfassung ist gescheitert und hat die Gemeinschaft in eine schwere Krise gestürzt. Die Staats- und Regierungschefs hätten sich am Samstag in Brüssel nicht über die künftige Stimmengewichtung im Ministerrat einigen können, hieß es aus der italienischen Delegation. Im Januar soll unter irischer EU-Präsidentschaft ein Ausweg aus der Sackgasse gesucht werden, hieß es nach belgischen Angaben.

Der amtierende EU-Ratspräsident und italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi lehnte es nach Angaben seiner Verhandlungskreise ab, einen Minimalkompromiß vorzuschlagen. "Berlusconi hat eine letzte bilaterale Sitzung mit Frankreich, Deutschland und Großbritannien abgehalten, an deren Ende er entschieden hat, das Treffen zu unterbrechen", sagte ein spanischer Diplomat. Vor dem offiziellen Abbruch der Verhandlungen kamen die Gipfelteilnehmer der 25 Länder noch zu einem gemeinsamen Mittagessen zusammen.

**Fischer warnt vor "Europa der zwei Geschwindigkeiten"**

Zuvor hatte die polnische Delegation neue Hoffnung auf Bewegung in den Verhandlungen genährt. Premierminister Leszek Miller wolle nach dem Mittagessen zu neuen Beratungen mit dem polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski nach Warschau fliegen, sagte ein Regierungssprecher. Außenminister Wlodimierz Cimoszewicz hätte unterdessen in Brüssel weiter verhandeln sollen.

Nach dem Scheitern will Bundeskanzler Gerhard Schröder dafür sorgen, daß die kommende irische EU-Präsidentschaft bessere Chancen für eine Einigung im Verfassungsstreit bietet. Schröder sagte am Samstag nach Ende des Treffens, ein Ergebnis in Brüssel sei nicht möglich gewesen, da einige Staaten ihre nationalen Interessen nicht hätten zurückstellen können.

Schröder nahm ausdrücklich die amtierende italienische EU-Präsidentschaft in Schutz. Sie habe ihr Möglichstes getan.

Großbritanniens Premierminister Tony Blair hat sich nun für eine Zeit der Besinnung ausgesprochen. Nach dem Scheitern des Gipfels sagte Blair, eine Einigung auf einen Verfassungstext sei einfach nicht möglich gewesen. "Wir müssen noch einige Arbeit erledigen, um eine Übereinkunft zu finden", sagte er. Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zeigte sich vom Scheitern enttäuscht. "Aus meiner Sicht ist das eine kalte Dusche", sagte er. "Wir brauchen jetzt eine Nachdenkpause."

Luxemburg schlug vor, die sechs Gründungsmitglieder der Gemeinschaft - Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg - sollten über das weitere Vorgehen in Europa beraten. Bundesaußenminister Joschka Fischer hatte bereits vor dem Gipfel gewarnt, bei einem Scheitern drohe ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten". Dies könnte bedeuten, daß einige Länder künftig in bestimmten Fragen eine engere Zusammenarbeit verabreden.

Bis zum Schluß hatte die italienische Präsidentschaft in hektischen Einzelgesprächen und mit Kompromißvorschlägen versucht, doch noch Bewegung in die Verhandlungen zu bringen. Allerdings hatte der polnische Außenminister Cimoszewicz klargemacht, es werde keine Lösung unterschrieben, die sein Land politisch schwäche.

#### **"Eine historische Chance verpaßt"**

Polen trage die Hauptverantwortung für das Scheitern, sagte der Parlamentsvertreter in der Regierungskonferenz, Klaus Hänsch. "Ich hoffe, daß man bald wieder zu einem Treffen zusammenkommt und daß Spanien und Polen verstehen, daß sie eine historische Chance verpaßt haben", fügte Hänsch hinzu.

Wegen des ungelösten Streits um das politische Gewicht der Mitgliedstaaten in der erweiterten Gemeinschaft kam das Scheitern nicht unerwartet. Polen und Spanien wollten auf jeden Fall am Abstimmungsmodus nach dem Nizza-Vertrag festhalten, der ihnen mehr Möglichkeiten für Blockaden bietet. Die meisten anderen Länder forderten hingegen, wie im Verfassungsentwurf vorgesehen zu doppelten Mehrheiten überzugehen. Es würde die Bevölkerungsgröße der verschiedenen EU-Staaten besser berücksichtigen.<<

#### **2004**

Vor dem Teufel schützt das Kreuz, vor dem Bären die Keule, vor dem Dummen - nichts.  
*Sprichwort aus Rußland*

#### **03.01.2004**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Januar 2004 (x887/...): >>"**Schuldstolz" statt historischer Wahrheit**

Konrad Löw über Daniel Goldhagens Triumphzug in Deutschland / I. Teil

Die "Affäre Hohmann" sowie die "Erklärung des Deutschen Bundestages zum Antisemitismus" im Dezember vermitteln den Eindruck, daß der Antisemitismus in Deutschland wieder im Erstarken begriffen sei, doch wer sich ein wenig mit der nahen Vergangenheit beschäftigt, erkennt schnell, daß das Thema in den Medien eigentlich durchgehend Erwähnung findet. Blickt man nur zurück in das Jahr 2002, so fallen einem die Debatte um die vermeintlich "antisemitischen" Äußerungen des FDP-Politikers Jürgen Möllemann und das gefeierte neue Buch des Autors Daniel Goldhagen, "Die katholische Kirche und der Holocaust", ein. Beide belebten die Diskussion zum Thema Antisemitismus in Deutschland.

Während Möllemann in den Medien verdammt wurde, feierte man den jungen Goldhagen, der nun auch in seinem neuen Buch Schuldige für den Holocaust suchte. Die Süddeutsche Zeitung taufte den vorwiegend in Deutschlands Medienwelt gern gehörten amerikanischen Politologen sogar "König der Herzen".

In Frankfurt/Main gab ihm der namhafte Kirchenhistoriker Gerd Besier, jetzt Leiter des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Dresden, die Ehre, als Sparringspartner einen Schaukampf um Geschichte und Schuld auszutragen. Der Sieger stand von vornherein fest, wie die eben erwähnte Zeitung zutreffend titelte: "Widerspruch zwecklos - Der Politologe Daniel Goldhagen hat ... die Sympathien auf seiner Seite."

In München ist der frühere bayerische Kultusminister und Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Maier, als Dialogpartner geladen, in Berlin der Nachfolger Maiers an der Spitze des ZK und Ex-Wissenschaftsminister von Sachsen, Hans Joachim Meyer; in Hamburg durfte ich unter den auf diese Weise Begnadeten sein.

Sie fragen sich: Welchem jungen Autor, welchem Sachbuch ist je eine solche Hommage zuteil geworden? Ich kenne keinen Autor, kein Buch. Niemand und nichts kann sich insofern messen. Warum also Daniel Goldhagen? Die Antwort steht in der Annonce: "Welterfolg Hitlers willige Vollstrecker".

Was behauptet dieses Buch? Ich zitiere einige Kernsätze: "Hitlers willige Vollstrecker befaßt sich mit der Weltsicht, den Handlungen und den Entscheidungen des einzelnen, der Verantwortung, die jeder einzelne für seine Taten trägt, und mit der politischen Kultur, aus der diese Individuen ihre Überzeugungen herleiten.

Es zeigt, daß ein bestimmter Komplex von Vorstellungen und Auffassungen über 'die Juden' im politisch-kulturellen Leben Deutschlands bereits weit verbreitet war, bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen, und daß eben diese Vorstellungswelt darüber entschied, was gewöhnliche Deutsche, als einzelne oder als Kollektiv, in der NS-Zeit hinzunehmen oder zu tun bereit waren ... Der Holocaust hatte seinen Ursprung in Deutschland, er ist darum in erster Linie ein deutsches Phänomen ... Wer den Holocaust verständlich machen will, muß ihn als eine Entwicklung aus der deutschen Geschichte heraus begreifen."

An anderer Stelle: "Genau so wesentlich war aber die große Bereitschaft der meisten Deutschen, die rabiate Verfolgung der Juden in den 30er Jahren zunächst zu tolerieren, zu unterstützen, oft sogar tätig daran mitzuwirken ..."

Schließlich zwölf Seiten weiter: "Wenn man die Ausrottung der Juden nicht in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt, kann man die deutsche Gesellschaft weder angemessen analysieren noch verstehen, noch charakterisieren."

Goldhagen unterläßt es auch nicht, allen Lesern deutlich zu sagen, welche Einsicht die Wissenschaft, ja alle Welt gerade ihm verdanke: "Meine Erklärung lautet - und dies ist neu in der wissenschaftlichen Literatur über die Täter -, daß die ganz 'normalen Deutschen' durch eine bestimmte Art des Antisemitismus motiviert waren, die sie zu dem Schluß kommen ließ, daß die Juden sterben sollten."

Wer in dem mehr als 700 Seiten umfassenden Buch Beweise für die Richtigkeit seiner ungeheuerlichen Anschuldigungen finden will, sucht vergeblich. Betrachten wir zunächst die Lage der deutschen Juden in den Jahrzehnten vor Hitlers Kanzlerschaft unter besonderer Berücksichtigung Münchens.

Der Antisemitismus war um die Jahrhundertwende in Europa weit verbreitet, manifest vor allem in Rußland mit den zahlreichen Pogromen (dieses russische Wort steht für Terror, Verwüstung) und Frankreich, Stichwort: Dreyfus-Affäre. Deutschland blieb von diesen Strömungen nicht gänzlich verschont. Aber sie gewannen im politischen Raum keine Oberhand, so daß die rechtliche Emanzipation der Juden unangetastet blieb und sogar noch weiter ausgebaut werden konnte. Daher fühlten sich die Juden mehrheitlich in Deutschland recht wohl.

"Im europäischen Kontext galt bis zum Aufkommen des Nationalsozialismus die deutsch-jüdische Geschichte durchaus als eine Erfolgsgeschichte. In kaum einem anderen Land war die Integration, aber auch die Assimilation der Juden so weit fortgeschritten wie in Deutschland."

Ein Jude erinnert sich: "Was Amram die ersten Schritte im Leben erleichterte, waren gute Freunde. F., aus demselben Milieu wie er und aus derselben Schule ... und S. aus einer ostjüdischen Familie, die wie viele andere Juden mit dem Beginn antisemitischer Ausschreitungen aus Osteuropa nach Deutschland geflüchtet waren, das nach Ende des Ersten Weltkrieges als eines der freundlichen Zufluchtsländer galt."

Die meisten Juden empfanden gesellschaftliche Brückierungen als geradezu notwendige Begleiterscheinungen einer heterogenen Gesellschaft, in der die Bayern und Sachsen ihre anti-preußischen Ressentiments kultivierten und - umgekehrt - in der die Diskriminierung der Katholiken als rückständige, unzuverlässige Ultramontanisten an der Tagesordnung war, die ihrerseits das Laisser-faire der Liberalen tadelten. Die Juden wußten, daß sie selbst nicht verlegen waren, wenn es galt, eigene Interessen zu vertreten oder andere auf die Schippe zu nehmen. Martin Buber pries die "Symbiose von deutschem und jüdischem Wesen" und ihre große "Fruchtbarkeit".

Es war ein Jude, Walther Rathenau, der den gewaltigen Zustrom von Ostjuden auf geradezu anstößige Art kommentierte: "Inmitten deutschen Lebens ein abgesonderter fremdartiger Menschenstamm ... Auf märkischem Sand eine asiatische Horde ... In engem Zusammenhang unter sich, in strenger Abgeschlossenheit nach außen: so leben sie in einem halb freiwilligen Getto, kein lebendes Glied des Volkes, sondern ein fremder Organismus in seinem Leibe."

Höchst aufschlußreich eine statistische Erhebung für den Bereich der Hochschulen aus der Zeit um 1900: "Akademische Dozenten aller Stufen auf eine Million der menschlichen Bevölkerung berechnet; für die Katholiken 35, die Evangelischen 106,5, die Juden 698,9; an Ordinarien: Katholiken 16,9, Evangelische 33,5, Juden 65,5." Diese Zahlen beziehen sich auf Preußen, doch dürften sie nahezu für ganz Deutschland repräsentativ sein. Vier der sechs Universitäten waren den Katholiken (!) gänzlich verschlossen.

Über drei Jahrzehnte hinweg stand Kaiser Wilhelm II. an der Spitze des Deutschen Reiches bis zum Untergang der Monarchie 1918. Was sein Verhältnis zu den Juden anlangt, so gehen die Meinungen auseinander. Ich habe insofern seine Vita nicht umfassend studiert und erlaube mir deshalb keine Stellungnahme. Doch gebe ich zu bedenken, was ich in Haifa, also einer der drei großen Städte Israels, selbst gesehen und bestaunt habe. Ganz oben auf dem Berg Carmel stieß ich auf einen Obelisk, errichtet zu Ehren dieses Kaisers und seiner Gemahlin; für mich ein hinlänglicher Beweis dafür, daß ihn in Israel die Antisemitismuskeule nicht zur Unperson gemacht hat.

Weil schon vom Hochadel die Rede ist, soll auch der bekannteste bayerische König nicht unerwähnt bleiben, Ludwig II. Er hat sich dafür eingesetzt, daß im Jahre 1882 mit dem Bau einer Hauptsynagoge gegenüber der Münchener Maxburg begonnen werden konnte - also in unmittelbarer Nähe der Frauenkirche. Die jüdischen Bürger sollten nicht länger gezwungen sein, sich hinter unscheinbaren Fassaden in den Vorstädten zu versammeln. "Ein beeindruckender Sakralbau entstand - Zeugnis der Emanzipation und Integration der Juden in Bayern", wie ein ausgewiesener Fachmann urteilt.

Die turbulenten Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, die Vorgänge in Rußland, die Masseneinwanderung von Juden aus dem Osten, die von Juden angeführte Räterepublik in Bayern gaben dem Antisemitismus Auftrieb, obwohl, bildlich gesprochen, in München Juden auf beiden Seiten der Barrikaden standen. Es waren turbulente, ja chaotische Tage. Der Jude Kurt Eisner wurde in München ermordet. Doch auch der Mörder war ein Jude. Der oben zitierte Walther Rathenau fand als "Erfüllungspolitiker", wie das Schimpfwort lautete, einen gewaltsamen Tod ebenso wie auch der nichtjüdische Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger und andere.

Der Münchner Kardinal Faulhaber wurde bestürmt, dem Anschwellen jüdenfeindlicher Haßgesänge entgegenzutreten. Nur wenige Tage vor Hitlers Marsch zur Feldherrnhalle am 9. November 1923 sprach er in seiner Allerseelenpredigt "von der gegenseitigen Liebe im gemein-



samen Leid". Mit blindem Haß gegen Bauern und Bayern, gegen Juden und Katholiken würden keine Wunden geheilt. Der Text verdeutlicht, wie weite Teile der Bevölkerung gegenseitig Animositäten schürten und keineswegs nur die Juden zur Zielscheibe solcher Angriffe wurden. Das Ende der Inflation 1923 verbesserte die wirtschaftliche Lage und hob so die allgemeine Stimmung.

Viele deutsche Juden als Teil der deutschen Gesellschaft sonnten sich nun im Licht der "Golden Twenties", wie wir den Erinnerungen Nahum Goldmanns, 1949 zum Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses gewählt, entnehmen:

"Der Höhepunkt jüdischen Einflusses wurde in der Weimarer Republik erreicht - wohl eine der größten Kulturepochen deutscher Geschichte. Die drei bedeutendsten deutschen Banken - Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft und Dresdner Bank - hatten jüdische Direktoren; die drei größten Tageszeitungen - Berliner Tageblatt, Vossische Zeitung und Frankfurter Zeitung - gehörten Juden und wurden meist von Juden redigiert; die zwei einflußreichsten deutschsprachigen Zeitschriften - Die Fackel und Die Weltbühne - wurden von Juden geleitet; der wichtigste Theaterdirektor dieser Epoche - Max Reinhardt - war Jude ..."

Also kann man mit Fug und Recht behaupten, daß gerade Juden den Geist dieser Jahre nachhaltig beeinflußt haben.

Der schöne Schein der 20er Jahre wurde etwas getrübt durch antisemitische Kriminalität, schwankend entsprechend der Stärke der NSDAP. Die Ideologie, die sie propagierte, war nicht tonangebend, wenngleich sie gerade in akademischen Kreisen ein positives Echo auslöste. Ein schöner Beleg für jüdische Integration ist die Tatsache, daß noch 1932, als der FC Bayern zum ersten Male deutscher Meister wurde, sowohl der Präsident, Kurt Landauer, als auch der Trainer ein Jude war.

Hitlers NSDAP, die Antisemitenpartei, nahm erstmals an den Reichstagswahlen des Jahres 1924 teil und erhielt die Stimmen von 6,5 Prozent der Wähler im Mai und 3,0 Prozent im Dezember; am 20. Mai 1928 waren es noch 2,6 Prozent, die NSDAP war also eine Splitterpartei. Innerhalb von nur 28 Monaten schnellte der Anteil auf 18,3 Prozent empor. Die Zahl der Abgeordneten stieg von 12 auf 107.

Für Hitlers rasanten Aufstieg gibt es nur eine Erklärung, nämlich die sprunghaft steigende Arbeitslosigkeit, gegen die die etablierten Parteien kein Rezept hatten; Hitlers Antisemitismus spielte offenbar keine nennenswerte Rolle. In ihrer Verzweiflung versuchten es die Massen mit Hitler, der eine rasche Besserung versprach und der nur darum bat: "Gebt mir vier Jahre Zeit!"

Ergebnis: Die Geschichte des Kaiserreichs und der Weimarer Republik straft die Anschuldigungen Goldhagens Lügen, genauer: demaskiert sie als Verleumdungen zu Lasten eines anderen Volkes.<<

**10.01.2004**

**BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Januar 2004 (x887/...): >>>**Schuldstolz statt historischer Wahrheit****

Konrad Löw über Daniel Goldhagens Triumphzug in Deutschland / II. und letzter Teil

Die innen- und außenpolitischen Erfolge Hitlers legen die Vermutung nahe, daß die große Masse von der neuen Regierung sehr angetan war. Gilt dies auch für die Judenverfolgung, die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 und die Tage danach, die Stigmatisierung durch den Judenstern, die Judenvernichtung?

Was die Reaktion der Bevölkerung auf die Ausschreitungen insbesondere der SA in und nach der Reichspogromnacht anlangt, so heißt es in einer eingehenden Untersuchung zusammenfassend:

"Fast alle diplomatischen Berichte stellten die Passivität der Bevölkerung heraus, das stumme Entsetzen, Zornesausbrüche einiger weniger, die Scham der meisten. Die Diplomaten beo-

bachteten Leute, die die Entehrung der Juden unmittelbar als Verletzung der eigenen Ehre, als Entehrung des deutschen Namens empfanden. Die auswärtigen Beobachter nahmen vor allem ein Volk in tiefer Depression wahr. Jeder, der widersprechen wollte, hatte längst begriffen, daß er auf keinerlei Schutz durch Behörden, Gerichte oder Nachbarn hoffen durfte."

Die Tochter eines Juden erinnert sich: "Mein Vater trug am Mantel den gelben Stern, so daß alle verstanden, wer er war. Die Menschen machten alle sehr betretene und beschämte Gesichter, es herrschte tiefes Schweigen. Rechts und links wurde mein Vater von seiner Frau und mir gestützt, um die Stufen (beim Einsteigen in die Straßenbahn) nehmen zu können. Was ich damit sagen will: Die von Herrn Bubis und anderen so häufig zitierte Judenhetze von damals hat doch ein sehr viel differenzierteres Gesicht. Kein einziger hat ein verunglimpfendes Wort gesagt, die wartenden Menschen bildeten ganz betreten schweigend ein Spalier."

Weil wir schon mit der Straßenbahn unterwegs sind, noch eine andere Straßenbahngeschichte: "Meine Mutter beginnt zu weinen, näht mit zitternden Händen den Stern wieder an ..." Dann begibt sich der junge Mann zur Straßenbahn. "Der Schaffner beachtete mich nicht, er lief an mir vorbei und kassierte bei den anderen Fahrgästen. Am Halleschen Tor endlich, als viele Leute ausstiegen und niemand außer mir hinten auf der Plattform stand, kam er auf mich zu, hielt eine Hand an den Mund und flüsterte vordergründig: 'Is doch jut Bengel ... Steck det Jeld ma wech.' Dann ging er ins Wageninnere, klappte den Sitz auf der Längsbank hoch, brachte eine lappig alte Aktentasche zum Vorschein und nahm zwei große Butterbrote in Pergamentpapier aus einer Blechbüchse: Da, nimm det man."

Mir war Ähnliches schon öfter passiert, in der Straßenbahn, oder in der U-Bahn. Im letzten Moment vor dem Aussteigen drückte mir jemand ein Essenspaket oder auch eine Schachtel Zigaretten in die Hand ... Es gab auch andere, die mich schubsten, wenn sie meinen gelben Stern sahen, oder mir ein Bein stellten."

Noch weit aussagekräftiger ist der Abschnitt seines Buches, in dem er schildert, daß der ganze Ort, nämlich Blankenburg, über sein Versteck Bescheid wußte. Doch niemand verriet ihn und seine Hausleute an Hitlers Geheime Staatspolizei. Blankenburg war nicht der einzige Ort, wo alle Bewohner den Häschern ihre Mitarbeit versagten.

Hätten die Nationalsozialisten geglaubt, auch die Judenverfolgung einschließlich der "Endlösung der Judenfrage" werde von der großen Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt, hätten sie nicht diese Maßnahmen mit der größtmöglichen Sorgfalt zu kaschieren versucht. Der Massenmord an den geistig Behinderten trägt Hitlers Unterschrift, nicht aber der Massenmord an anderen Völkern. Der exterminatorische Antisemitismus ist als Massenphänomen nicht einmal unter allen Anhängern Hitlers nachweisbar.

Namhafte Stimmen im Ausland unterwarfen das Goldhagen-Buch "Hitlers willige Vollstrecker" einer harten Kritik. Seinen Blick in französische Zeitschriften betitelt der Frankreichkorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Jürgen Altwegg, mit den Worten: "Goldhagens wahnhafte Fixierung ..."

Daraus einige Textstellen: Abwegig sei "Goldhagens Fixierung auf eine deutsche Kollektivschuld, an die längst kein seriöser Historiker und Ethnologe mehr glaubt - außer vielleicht in den Vereinigten Staaten."

"Goldhagen operiere mit Begriffen und Vereinfachungen, die schon vom Nürnberger Kriegsgesicht widerlegt worden seien." "Im Vergleich zum österreichischen, russischen und französischen zeichne sich der deutsche Antisemitismus keineswegs durch einen stärkeren 'Hang zur Ausmerzungs' aus."

"Der Leser wird in seinem Glauben an die absolute Einzigartigkeit des Nationalsozialismus bestärkt - eine Interpretation hätte nach Vergleichen verlangt."

Die Zeitschrift L'Histoire lehne Goldhagens These von den Deutschen, die kollektiv 'aus Überzeugung und mit Lust' die Juden ausgerottet hätten, ab. "Es gibt kein Mördervolk!" - kein

Tätervolk, wie ich hinzufüge.

Auch in den USA und Kanada wurden die Schwächen des Buches schonungslos aufgedeckt, insbesondere durch Norman G. Finkelstein und Ruth Bettina Birn, die Autoren des Buches "Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit".

Besonders bemerkenswert ist die kalte Aufnahme in Israel. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete unter der Überschrift "Der Verführer, der nicht überzeugt. Lesung vor leeren Stühlen. Israel bleibt skeptisch gegen Goldhagens einfache Antworten".

Einige der kritischen Glossen lauten: "So kann Goldhagen uns Juden und Israelis nicht an der Nase herumführen." Mit unglaublich aggressiver Werbung werfe dieser Mann mit dem "traurigen Babygesicht" sein Buch auf den Markt, in der Regel von einem Schock Begleiter umgeben wie sonst nur Michael Jackson, und ziehe Kaninchen aus dem Hut, nachdem Generationen von Historikern im Schweiß ihres Angesichts geforscht hätten. Es sei unerträglich, daß ein Buch über ein so ernstes Thema wie den Holocaust mit schneller Hand aggressiv auf den Markt gebracht werde.

Eine angesehene Wochenzeitung berichtete unter der Überschrift "In Israel durchgefallen". Der in Tel Aviv lebende Reporter bestätigt auf eindrucksvolle Weise, was im ersten Teil über die Juden in der deutschen Gesellschaft ausgeführt worden ist:

Es habe ... seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland keine gesellschaftlich sanktionierte antisemitische Norm gegeben ... Man dürfe den deutschen Antisemitismus zwar nicht verniedlichen - aber man müsse doch sehen, daß viele Juden in der Weimarer Republik in der Politik und in der Wirtschaft Spitzenpositionen einnehmen konnten und daß am Ende des 19. Jahrhunderts Juden aus Osteuropa nach Deutschland auswanderten - was sie wohl nicht getan hätten, wenn Deutschland von einem allgemeinen Antisemitismusvirus befallen gewesen wäre: Die Gruppe um Hitler sei nicht wegen ihres antijüdischen Programms an die Macht gekommen, sondern wegen der pragmatischen Politik, mit der sie eine bessere wirtschaftliche Zukunft versprochen habe.

Yad Vashem, die Holocaust-Gedenkstätte nahe Jerusalem, ursprünglich als Mitherausgeber der Iwrit-Ausgabe des Goldhagen-Buches im Gespräch, verweigerte nach Bekanntwerden der Mängel die Mitwirkung.

In Deutschland war das Presseecho so gewaltig und so positiv, daß das Buch zum Bestseller wurde, trotz gelegentlicher Kritik, die dem Absatz nur zuträglich sein konnte. So nimmt es nicht wunder, daß dieser Pseudohistoriker bereits 1997 in der Bonner Beethovenhalle für sein verleumderisches Buch mit dem Demokratiepreis ausgezeichnet wurde, verliehen durch die früher aus DDR-Quellen gespeisten "Blätter für deutsche und internationale Politik".

Bei der Preisverleihung war Goldhagen umrahmt von Jürgen Habermas und Jan Philipp Reemtsma.

Habermas zählt zu den namhaftesten Verharmlosern der stalinistischen Verbrechen. So hat er den Massenmord an den Kulaken als bloße "Vertreibung der Kulaken" verharmlost. Reemtsma trägt offenbar sehr schwer an seiner Abstammung aus tiefbraunem Hause. Dem Herausgeberkreis der "Blätter" gehörten damals an: Günter Gaus, der als Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin an der totalitären DDR recht wenig auszusetzen hatte, Walter Jens, der vorgibt, bis vor kurzem nichts von seiner Mitgliedschaft in Hitlers Partei gewußt zu haben, und Reinhard Kühnl, in Fachkreisen als der Linksaußen unter den Politologen bekannt.

Daher überrascht der Triumphzug kaum, von dem eingangs die Rede war, als im Herbst 2002 ein neuer "Goldhagen" angekündigt und ausgeliefert wurde. Alle Medien, Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen, stürzten sich auf seinen Titel "Die katholische Kirche und der Holocaust", so als ob von ihm eine neue Offenbarung zu erwarten gewesen wäre. Ein ganzes Dutzend seriöser Untersuchungen angesehener Fachwissenschaftler zusammengenommen kann auch nicht

annähernd mit einer solchen Aufmerksamkeit rechnen. Und dann die vollen Säle überall, wo er auftrat, wie erwähnt: in Frankfurt/Main, Berlin, Hamburg, Köln, München, Wien.

Hochangesehene Persönlichkeiten gaben ihm die Ehre, nicht nur jene, die schon genannt worden sind, sondern gleichsam die Spitze der deutschen Gesellschaft, wie ich einem zufällig angehörten Gespräch der Begleiterin Goldhagens mit einem Hamburger Diskussionsteilnehmer entnehmen konnte. (Der Umstand, daß die Information nicht für mich bestimmt war, verpflichtet mich zur Diskretion.)

Hätte man die Einladung zur Diskussion ausschlagen sollen, mag sich manch einer fragen. Ich antworte mit einem entschiedenen Ja, vorausgesetzt man hat einen solchen Ruf, daß die Begegnung, die Nennung des Namens allgemein als Aufwertung empfunden wird und so der Verbreitung der Verleumdungen Vorschub leistet.

Als die Einladung an mich erging, willigte ich spontan ein, da ich das Bedürfnis verspürte, diesem böswilligen Hetzer die Meinung zu sagen. Der Verleger meines Buches "Die Schuld" sandte es umgehend dem Berliner Siedler-Verlag, der Goldhagen in Deutschland betreut. Schon wenige Tage später teilte mir die Katholische Akademie Hamburg, wo die Veranstaltung stattfinden sollte, mit, sie müsse auf meine Mitwirkung verzichten, da Siedler Einspruch erhoben habe. Offenbar hatte man zwischenzeitlich in meinem Buch gelesen und die Stelle entdeckt, wo es heißt:

"Von der geradezu manischen Schuldbesessenheit mancher Christen war eben die Rede. Diese Feststellung trifft auch auf viele Deutsche zu. Paradigmatisch dafür ein bei Rowohlt erschienenes Buch mit dem bezeichnenden Titel 'Ich will schuldig sein'. Im Klappentext heißt es: 'Maria Erlenberger (die Autorin) begann in der psychiatrischen Anstalt zu schreiben, in die sie nach einem "Selbstmordversuch durch Verhungern" eingeliefert worden war.'

Eine psychische Verwandtschaft ist all jenen Deutschen zu attestieren, die das unsägliche Goldhagenbuch 'Hitlers willige Vollstrecker' beifällig aufnahmen. Nicht daß derlei geschrieben wird, ist das Bitterste, sondern daß derlei bis hin zu 'Mein Kampf' einen Verleger und Leser findet."

Eine solche Kritik macht verständlich, daß der Kritiker seitens der Angesprochenen in Ungnade fiel und seine Teilnahme an der Diskussion tunlichst verhindert werden sollte. Auf Drängen Hamburger Katholiken wurde ich wieder eingeladen und durfte mich mit zweimal sechs Minuten in die Diskussion einbringen.

Daß sich viele Juden inmitten eines Volkes, dessen Selbstwertgefühl so sehr beschädigt ist, nicht wohl fühlen, ist nur zu verständlich. Deshalb zögern viele Juden mit deutschem Paß immer noch, als Deutsche aufzutreten (Zentralrat der Juden in Deutschland!).

Hier und heute füge ich dem eben Zitierten hinzu: Schuldstolz statt Wahrheit ist offenbar die ungeschriebene Devise gewichtiger Meinungsführer der deutschen Gesellschaft. Wer es wagt, die Deutschen gegen den ungeheuerlichen Vorwurf, ein Tätervolk zu sein, in Schutz zu nehmen, läuft Gefahr, von der deutschen Gesellschaft an den Rand gedrängt zu werden, wer es aber wörtlich oder sinngemäß als Mördervolk charakterisiert, der wird umjubelt und als "König der Herzen" gefeiert.

Hitlers willige Vollstrecker mordeten, wie gezeigt, nicht primär aus einem anerzogenen Antisemitismus heraus, sondern - soweit sie nicht von der absoluten Verbindlichkeit eines Befehls ausgingen (Befehlsnotstand?) - aus der Sorge, andernfalls der Ächtung durch Vorgesetzte und Kameraden zu verfallen, eine Schwäche, die selbst in einem freiheitlichen Gemeinwesen auf Schritt und Tritt anzutreffen ist. Lieber beim Unrecht nicht abseits stehen, als gegen den Teamgeist verstoßen, die "Solidarität" aufkündigen! Wäre Antisemitismus das Hauptmotiv gewesen, hätten die Vollstrecker nicht den anderen "Minderwertigen" gegenüber die gleiche kalte Brutalität gezeigt wie gegenüber den Juden.

Ich schließe mit einer Einsicht, die der Jude und Emigrant Robert Waelder so vorzüglich aus-

formuliert hat: "Es gibt keinen Grad der Unsinnigkeit, der in den Augen der Moralisten ein Argument für die Verurteilung ihrer eigenen Gesellschaft unbrauchbar machen könnte".

Beweis: Goldhagens Buch über "Hitlers willige Vollstrecker".<<

**21.02.2004**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Februar 2004 (x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:

"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht. Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<

**13.03.2004**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 2004 (x887/...): >>**Von Kollektivschuld kann keine Rede sein**

Bei einer Nachbetrachtung der Wehrmachtausstellung verneinen Historiker deren wissenschaftlichen Wert

Die Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung hat eine gesellschaftliche Debatte entfacht, die fast zehn Jahre lang geführt wurde. Bedeutet der letztlich verbrecherische Charakter des Ostkrieges automatisch, daß auch die Wehrmachtangehörigen - fast 20 Millionen Menschen - verbrecherisch waren? Darüber wird bis heute leidenschaftlich gestritten. Jetzt ist die "Bilderschau" des Tabak-Multimillionärs Jan Philipp Reemtsma an ihren Ausgangsort Hamburg zurückgekehrt.

Der Ertrag, den die wissenschaftliche Forschung aus der Arbeit des Instituts ziehen kann, ist denkbar gering. Doch darum dürfte es den Ausstellungsmachern auch gar nicht gegangen sein. Sie wollten offensichtlich den gesellschaftlichen Legitimationskonsens der Kriegsgeneration zerstören. Das Bild von der als Institution in ihrer Gesamtheit sauberen Wehrmacht sollte ersetzt werden durch das Bild von der allgemein verbrecherischen Wehrmacht.

Die Kriegsgeneration, die noch bis vor wenigen Jahren die Führungseliten in allen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen gestellt hat, sollte jetzt auf diese Weise sozusagen "post mortem" demontiert werden. Ein später Erfolg der 68er also.

Und die Deutschen? Wie reagierten sie auf diese kollektive Schuldzuweisung, die keineswegs das Ergebnis seriöser Forschung und Aufarbeitung war? Folgsam und politisch korrekt ausgerichtet, nahmen sie das düstere Bild, das hier von ihren Vätern und Großvätern gezeichnet wurde, kritiklos an. Die Medien, Politiker und Kulturschaffende überschlugen sich in ihrem einhelligen Entsetzen über "die verbrecherische Wehrmacht". Diejenigen, die sich gegen Reemtsma wandten, blieben wenige und bei ihren Veranstaltungen zumeist unter sich.

Die etablierte Fachwissenschaft schwieg lange in dieser Debatte. Kein Wunder, denn eine fundierte Quellenkritik hätte schnell zu einem vernichtenden Urteil über die Ausstellung geführt. Welcher Historiker im staatlichen Wissenschaftsbetrieb aber kann es sich schon leisten, "in die rechte Ecke gestellt" zu werden, weil er gegen den Strom schwimmt? So blieb es schließlich dem polnischen Historiker Bogdan Musial und seinem ungarischen Kollegen Krisztian Ungvary überlassen, mit den Ausstellungsmachern hart ins Gericht zu gehen. Schließlich wurde die Ausstellung vom Markt genommen und eine Historikerkommission mit ihrer Überarbeitung beauftragt.

Die Neuauflage folgt zwar einem geänderten Konzept, ihre Kernaussage ist jedoch geblieben. Geblieben ist auch der Diskussions- und Forschungsbedarf, denn es ist den Reemtsma-Historikern wieder nicht gelungen, ihre These von der verbrecherischen Wehrmacht, die ei-

genständig am Völkermord mitgewirkt habe, schlüssig zu belegen.

Der Hamburger Schlußakkord der Ausstellung wird von einer Vielzahl von Vorträgen, Diskussionen, Filmvorführungen, Lesungen und anderen kulturellen Darbietungen begleitet. Die in Hamburg ansässige Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (SWG) hat mit einem eigenen Informationsabend gewissermaßen einen Gegenpol zu diesem Veranstaltungsspektrum gesetzt. Den Veranstaltern ging es um "die historische Gerechtigkeit für Millionen Soldaten der Wehrmacht". Sie wollten allen Interessierten, vor allem aber Lehrern, Eltern, Schülern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich mit ausgewiesenen Fachwissenschaftlern auszutauschen und zu einem eigenen Urteil zu kommen.

Hauptredner der Veranstaltung war der international renommierte Historiker und Jurist Alfred M. de Zayas, der für seine fundierten Forschungen zu alliierten Völkerrechtsverletzungen und insbesondere zur Vertreibung der Deutschen mit dem Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet wurde. Er konnte vor fast 250 Zuhörern referieren, unter ihnen auch viele Schüler und junge Leute. Die ebenfalls eingeladenen Medien indes glänzten durch kollektive Abwesenheit.

Für de Zayas hat die Ausstellung keinerlei wissenschaftliche Bedeutung, da sie nur Einzelfälle darstelle, die schon allein quantitativ nicht aussagekräftig seien. Er hält die Ausstellung schlichtweg für "pietätlos" und kritisiert ihre Duldung durch die Öffentlichkeit als "Versagen der Gesellschaft". Die kollektive Beschuldigung der Wehrmacht ist nach seiner Auffassung eine Unverschämtheit, da die Quellen nicht nur Schuld, sondern auch Unschuld bewiesen.

Die deutschen Vorschriften und die vielen Befehle zur Einhaltung des Kriegsvölkerrechts paßten nicht zu Reemtsmas These von der NS-Verschwörung an der Spitze der Wehrmacht. Entlastendes Quellenmaterial sei von den Ausstellungsmachern jedoch bewußt nicht herangezogen worden. Zudem sei der Zusammenhang von Partisanenkrieg und Vernichtungskrieg quantitativ und qualitativ vollkommen ignoriert worden.

In einem völkerrechtlichen Exkurs wies der US-Amerikaner de Zayas nach, daß viele Maßnahmen der Wehrmacht, so furchtbar sie auch gewesen sein mögen, vom Kriegsvölkerrecht gedeckt waren und somit keine Verbrechen darstellten. Auch alliierte Streitkräfte hätten in vielen Fällen ähnlich gehandelt, ohne daß ihr Verhalten heute Gegenstand wissenschaftlicher oder gar gesellschaftlicher Debatten sei. Abschließend bezeichnete de Zayas die Ausstellung als unseriös und überflüssig.

Der Mannheimer Historiker Stefan Scheil, Autor des Reemtsma-kritischen Buches "Legenden, Gerüchte, Fehlurteile", bewertete die Bilderschau als "polemisch und einseitig". Ihr Konzept sei falsch, und sie enthalte zahlreiche sachliche Fehler. Der Titel allerdings sei brillant gewählt, ermögliche er doch eine "Suggestion über die eigentliche Aussage der Ausstellung hinaus". Die Wehrmacht als Ganzes werde angegriffen, auch wenn nur Einzelbeispiele genannt würden.

Auch Scheil trat der These entgegen, die militärische Führung habe Hitlers Kriegskonzept ausnahmslos zugestimmt. Ein schlüssiger Nachweis dafür sei nicht möglich. Vielmehr sei die Historikerkommission zu dem Schluß gekommen, daß streng nationalsozialistische Offiziere die Ausnahme gewesen seien. Von einer Kollektivschuld ihrer Soldaten könne keine Rede sein. Hitler selbst habe dem Militär deshalb bis zum Schluß äußerst mißtrauisch gegenübergestanden.

Ende des Monats wird die Ausstellung endgültig ihre Pforten schließen. Was bleibt, ist "ein ungutes Gefühl" und die Frage, "ob die von Reemtsma angestoßene Debatte über die Wehrmacht einem Thema von dieser Dimension wirklich gerecht geworden ist", so der Historiker Christian Hartmann vom Institut für Zeitgeschichte in München in seinem jüngsten Aufsatz zum Thema.<<

**03.04.2004**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. April 2004 (x887/...): >>>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**

Der im Oktober 2003 verstorbene Soziologe Erwin K. Scheuch hatte noch wenige Tage vor seinem Tod in einem Zeitungsinterview davon gesprochen, daß "in der SPD den Linksextremen die Kultur 'zum Fraß vorgeworfen' wird, weil man damit hofft, Handlungsspielraum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gewinnen". Der "Antifaschismus" werde benutzt als "Ablenkungsmanöver für die Linken", damit man "wirtschaftlich und sozial 'rechte' Politik machen" könne. "Bedenken Sie, für welche Inhalte die SPD heute so alles eintritt, zum Beispiel Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften. Mit so etwas hätten sich die Sozialdemokraten früher doch gar nicht hervorgetraut."

"Political Correctness" als Alibi für die Agenda 2010, Schröder als "Genosse der Bosse" und "Kämpfer gegen Rechts" in Personalunion? Wird in einer Zeit, die durch Nihilismus und Werteverfall geprägt ist, in der nur noch Ökonomismen wie "Bilanz", "Kapital", "Ressource" und "Effizienz" den Ton angeben, in der euphemistisch nur von "Reform" anstatt vom Abbau der sozialen Systeme gesprochen werden darf - wird in einer solchen Zeit also wieder einmal die "Faschismuskeule" zum "letzten Aufgebot der deutschen Linken", wie der Politologe Hans-Helmuth Knütter schon 1993 diagnostizierte?

Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten?

Was dereinst noch als "antitotalitärer Konsens" für alle deutschen Demokraten von SPD bis CDU/CSU selbstverständlich war, ist heute verschwunden, wurde ersetzt durch "neue Mitte" und "Kampf gegen Rechts". Während das politische Spektrum etwa der britischen Demokratie aus Konservativen, Liberalen und Labour besteht und sich in Frankreich erstreckt von Le Pen bis zu den Kommunisten, hat man in Deutschland konservative Positionen tabuisiert.

Erst in unserer "Berliner Republik" ist es möglich geworden, rassistische und neonazistische Straftaten und Parolen einzelner glatzköpfiger Dumpfbacken "Rechts" schlechthin anzuhängen (das heißt all dem, was man rechts von Rot-Grün dafür hält beziehungsweise halten will!). Die Morde der Rote-Armee-Fraktion hätte man in der alten "Bonner Republik" der 70er und 80er Jahre niemals "den Linken" insgesamt zugerechnet. Heute dagegen werden die Maßstäbe und Begriffe für vermeintlich "rechten Extremismus" absichtlich unklar gehalten, um die Gesinnungshatz auf alle möglichen Politikfelder ausdehnen zu können.

Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. Das antifaschistische und politisch korrekte "Chorheulen der Wölfe" (Elisabeth Noelle-Neumann) manifestiert sich als massendemokratischer Schaulauf, etwa im Herbst 2000 beim angeblich rechten "Mordfall kleiner Joseph" von Sebnitz und beim angeblich rechten Synagogenanschlag von Düsseldorf.

Ist es nicht die angeblich faschistische Polizei der "restaurativen" 50er und 60er Jahre, der "Bullenstaat" unter Adenauer, Erhard und Kiesinger gewesen, als man mit ach so brutaler Gewalt gegen KPD- und 68er APO-Aufmärsche vorgegangen war? Heute kritisieren die Antifa-Helden von damals die Polizei, weil sie vermeintlich nicht hart genug gegen den "Terror von rechts" vorgeht. Aber "Bullenklatschen" kann man natürlich mit "Zeckenklatschen" ebenso wenig vergleichen wie Kommunismus und Nationalsozialismus; Molotowcocktails bei

NPD-Chaoten sind eben etwas ganz anderes als bei Antifa-Chaoten.

Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.

Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien (besonders in Diktaturen), daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.

Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" (à la Goldhagen) den braunen "Gröfaz" als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" (Martin Walser) des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als (Ersünde-)verdammtes Volk fühlen.

Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.

Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.

Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".

Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'

Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'

Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."

Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<

**01.05.2004**

**Belgien:** Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta treten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die hohen Zuschüsse



für die osteuropäischen Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-328):

>>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.

Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.

Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.

Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern senken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht würde sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.

Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.

Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.

So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<

**05.05.2004**

**BRD: Die deutsche Journalistin Wibke Bruhns schreibt am 5. Mai 2004 in der Zeitschrift "Stern": >>Willy Brandt: Demontage einer Lichtgestalt**

Es war nicht allein Günter Guillaume, der Willy Brandt vor 30 Jahren zu Fall brachte, es war auch der Verrat in den eigenen Reihen, meint die Brandt-Vetraute Wibke Bruhns. Und es war seine totale Fremdheit in den kleinen Gefühlswelten.

Nach dreißig Jahren immer noch dieses Bild: Willy Brandt im Fraktionssaal der SPD am 7. Mai 1974, die Hände, wie nicht dazugehörig, parallel auf dem Tisch, das Gesicht versteinert. Gerade hat Herbert Wehner dem scheidenden Kanzler einen mächtigen Strauß roter Rosen in Zellophan überreicht und seine Stimme hat sich dabei fast überschlagen: "Wir alle lieben ihn!" Egon Bahr war in Tränen ausgebrochen - über diese "Gemeinheit und die Heuchelei", wie er später schreibt. Willy Brandt scheint nichts vom Aufruhr der Genossen um ihn herum wahrzunehmen, die Augen gehen ins Leere. In den Falten um seinen Mund liegen tiefe Schattten.

**Ein unmißverständlicher Hinweis**

"Judas!" haben wir uns empört damals über "Onkel Herbert", und immer noch, wenn ich an den Rücktritt Willy Brandts denke, sehe ich dieses Bild vor mir, höre ich die Stimme Herbert Wehners, der den Kanzler ein paar Tage zuvor auf einer Klausurtagung in Münstereifel scheinheilig seiner "uneingeschränkten Treue für jede denkbare Entwicklung" versichert hat.

Aber er tat nichts, um Brandt im Amt zu halten - für den Kanzler der unmißverständliche Hinweis, daß der allmächtige Fraktionschef seinen Rücktritt für unumgänglich hielt.

Im Nachhinein ist das ja gar nicht verkehrt gewesen: Für die kommenden Jahre, zunehmend dominiert von der Auseinandersetzung um die RAF, war Helmut Schmidt mit Sicherheit der bessere Kanzler. Für Brandt selbst bedeutete dieses Ende den Beginn einer glanzvollen internationalen Karriere als Präsident der Sozialistischen Internationale, als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission, als beehrter Ratgeber von Regierungschefs in aller Welt. Aber für uns, für den sozialdemokratischen Teil des Wahlvolks, war der Rücktritt der Beleg für die Ranküne in der Politik, für Verrat und Machtversessenheit.

### **Wibke Bruhns**

Die Journalistin begegnete Willy Brandt als TV-Moderatorin und "Stern"-Autorin und verbrachte mit ihrer und der Kanzlerfamilie Ferien in Norwegen. Ihr Fazit: In Gefühlsdingen war der Kanzler sprachlos. Bruhns' kürzlich erschienenenes Buch "Meines Vaters Land" wurde ein Bestseller.

Daß die DDR dem Kanzler der Bundesrepublik, dem Architekten der Entspannungspolitik, eine Laus in den Pelz gesetzt hatte in Gestalt des Spions Günter Guillaume, war schlimm genug. Schlimmer war die hanebüchene Inkompetenz des Verfassungsschutzes in diesem Fall, das Lavieren der verantwortlichen Mitarbeiter von Innenminister Genscher bis zu Kanzleramtschef Horst Grabert. Am schlimmsten war die Demontage des Mannes, der angetreten war, "mehr Demokratie zu wagen".

### **Mobilisierung quer durch alle Schichten**

Denn das hatte er unter die Menschen getragen. Nie zuvor und seither niemals wieder haben sich Bürger in der alten Bundesrepublik mit einer solchen Leidenschaft für ihren Staat, seine Politik und deren Protagonisten engagiert. Die Mobilisierung ging quer durch alle sozialen Schichten, Abertausende Menschen waren aktiv und kreativ, von Dichturfürsten wie Heinrich Böll und Siegfried Lenz bis zur bayerischen Bäckerfrau, Menschen, die bisher Politik immer anderen überlassen hatten. Alles kristallisierte sich um die sozialliberale Regierung, knäuelte sich fest am Kanzler, an Willy Brandt.

Das war anderthalb Jahre vor seinem Rücktritt, ich rede vom Wahljahr 1972, die Zeit, in der ich Willy Brandt begegnet bin. Weder der Kniefall in Warschau noch der Friedensnobelpreis, auch nicht die weltweite Anerkennung der neuen Ostpolitik hatten dem Regierungschef im eigenen Land zu einem Konsens verhelfen können. In einer beispiellosen Kampagne versuchte die Union, den Verlust der Macht von 1969 noch vor Ende der Legislaturperiode rückgängig zu machen. Willy Brandt sollte ein Übergangskanzler bleiben, ein Irrtum der Geschichte, der von den Christdemokraten schleunigst bereinigt werden würde.

Durch Überläufer war die ohnehin knappe Mehrheit der Regierung Brandt/Scheel im Bundestag geschmolzen. Rainer Barzel versuchte am 27. April sein konstruktives Mißtrauensvotum. Er scheiterte, zwei Stimmen fehlten. Draußen im Land hatten sich überall Menschentrauben vor den Fernsehgeschäften versammelt, es herrschte eine stumme, gespannte Erwartung. Dann das Ergebnis.

Wildfremde Leute umarmten sich, das Fernsehen zeigte jubelnde Bergleute und Automonteuere. Wie versteinert ging der Kanzler durch die völlig aus dem Häuschen geratenen Fraktionskollegen, nicht die Andeutung eines Lächelns stand im Gesicht. Er und Rainer Barzel drückten sich stumm die Hand.

### **50.000 Mark für ein Votum gegen Barzel**

Damals kannte ich Willy Brandt noch nicht. Aber ich war Teil dieser wütenden Empörung, die durchs Land zog, weil das Mißtrauensvotum nicht als eine demokratische Spielart des Machtwechsels angesehen wurde. Statt dessen vermuteten wir wüste Verschwörungen, wo Stimmenkauf Parlamentarier dazu brachte, die Seiten zu wechseln. So war es ja auch, wie wir

heute wissen. Zusätzlich mischte die Stasi mit, die den CDU-Abgeordneten Julius Steiner mit 50.000 Mark zum Votum gegen Barzel veranlasste.

Im darauf folgenden Sommer, im Garten des Brandtschen Ferienhauses im norwegischen Vangsasen bei Hamar, erhielt ich von Brandt eine politische Nachhilfestunde über die Nachtseiten des Machterhalts. Zwar sprach er nicht expressis verbis davon, die SPD habe es dem politischen Gegner gleichgetan. Aber in seinen langen, von Konjunktiven durchflochtenen Sätzen näherte er sich umschweifig der Überlegung, daß Anstand angesichts offenkundiger Schweinereien auf der anderen Seite der eigenen Sache nicht nur nicht nützen, sondern vermutlich eher schaden würde.

Damals war ich ziemlich fassungslos. Wir hatten einen fulminanten Wahlkampf hinter uns, in dem Gut und Böse klar definiert, Politik so einfach gewesen war.

Das Gute waren die Ostpolitik und die zahlreichen innenpolitischen Reformen, das Gute war dieser Kanzler, der eine makellose politische Biographie vorzuweisen und damit vielen erstmals eine Identifikation mit der Politik ermöglicht hatte. Das Böse war ebenso leicht auszumachen gewesen. Es kam völlig unmaskiert daher, über zwei Jahrzehnte vorbereitet durch die Kampagnen wegen Brandts unehelicher Geburt, seines "Agentennamens" (Brandt alias Frahm), gegen den "Vaterlandsverräter", weil er Hitler-Deutschland verlassen und eine norwegische Uniform getragen hatte.

Jetzt war die Bundesrepublik überflutet worden von millionenschweren Anzeigen mit dubiosen Deckadressen ("Wählerinitiative Patriotische Mitte" oder "Gesellschaft für konstruktive Politik"), in denen es hieß: "Wer Brandt wählt, wählt Bolschewismus" oder - zum Aussuchen - "Bandenterror", "Hurerei", "Mord an ungeborenen Kindern". Eine "Aktion Nüchterne Bürger" hatte mit dem Bild einer Schnapsflasche inseriert: "Lieber Rainer Barzel als reiner Korn Brandt".

### **Transporteur sozialdemokratischer Tugenden**

Vor so viel Dreck war Willy Brandt zur Lichtgestalt geworden, und damit konnte er, konnten aber auch seine politischen Freunde schlecht umgehen. Daß ich mich dann später in meinem hehren Demokratieverständnis verraten fühlte, weil der Kanzler Stimmenkauf als politisches Mittel nicht grundsätzlich ausschloß, hatte etwas mit meiner Naivität zu tun und war allenfalls mein Problem. Aber der Wahlkampf und die Selbstdarstellung von Partei und Regierung waren überwiegend auf die Person Willy Brandts als Transporteur sozialdemokratischer Tugenden abgestellt gewesen. Das schürte nicht nur die Rivalität in den eigenen Reihen, etwa bei Schmidt und Wehner.

Es führte auch zu Enttäuschung bei Weggefährten im weiteren Umfeld, Journalisten etwa oder Wahlhelfern wie Günter Grass, wenn der Mensch Brandt dem Bild Brandts nicht entsprach. Und das tat er nicht. Er war nicht schlechter, was immer das heißen mag, er war anders, als die Leute ihn sich gestrickt hatten. Ich war 1973 sechs Sommerwochen lang viel mit ihm zusammen in Norwegen, weil ich für den "Stern" ein Porträt zu seinem 60. Geburtstag recherchierte. Rut Brandt hatte für meine Familie und mich ein Ferienhaus in ihrer Nähe besorgt.

Es war der Guillaume-Sommer, der Anfang von Brandts Ende als Kanzler. Der DDR-Spion Günter Guillaume, Brandts persönlicher Referent, war als dienstliche Urlaubsbegleitung des Kanzlers mit von der Partie.

Ein Porträt über den Privatmann Willy Brandt zu schreiben, erwies sich als außerordentlich schwierig. Man kam an die Person nicht ran, nicht nur ich nicht, niemand. Wenn ich heute nachlese, was über Brandt "Menschliches" geschrieben wurde zu der Zeit, so ist das wenig, und es ist viel Projektion dabei - da wurde jemand skizziert, der sich als Vorlage verweigerte. Selbst Rut Brandt hat später mal gesagt: "Er sprach nicht."

Dabei redete er viel. Aber es waren immer die großen Weltentwürfe für ein freies, friedliches Miteinander, und der lange Weg der kleinen Schritte bis zum Ziel. Vor mir hatte ich einen der

Baumeister der Helsinki-Konferenz KSZE, die - wer konnte das damals schon wissen? - zur Erosion des östlichen Machtblocks führte und damit zur Wiedervereinigung Deutschlands. Willy Brandt dachte "über den Tag hinaus", und ich war fasziniert von der präzisen gedanklichen Detailarbeit dabei, von der großen Geduld, die dennoch keinen Zweifel ließ an seiner Beharrlichkeit.

Dahinter aber verschwand das Private. Selbst in seinen Tagebüchern ist seitenlang zu lesen, was er in welcher Situation zu wem warum gesagt hat, aber fast nie, was er dabei empfunden hat. Egon Bahr hat mir mal auf die Frage, ob er den Menschen Brandt erlebt habe, sinngemäß geantwortet: Politiker sind wie Traber, getrimmt auf Höchstleistung in einer widernatürlichen Gangart, von Scheuklappen gehindert, die warme Welt zu sehen. Emotionale Krüppel seien sie - "das ist der Preis".

### **"Er war emotional nicht da"**

Willy Brandt schien er nicht zu hoch zu sein. "Ich habe mich nicht nur an diese Art von Einsamkeit gewöhnt", steht als eine seiner wenigen persönlichen Anmerkungen in meinem Notizbuch. "Ich fühle mich insgesamt in ihr ganz wohl." Die Defizite lagen bei anderen. Brandts Sohn Peter erzählte mir in Norwegen, was früher in den Zeitungen teils bewundernd, teils harsch als des Kanzlers antiautoritäre Erziehung diskutiert wurde, sei in Wahrheit keine Erziehung gewesen: "Er war emotional nicht da." Peter Brandt argwöhnte zu der Zeit, vermutlich zu Recht, die vorgebliche Toleranz seines Vaters ergebe sich aus seiner Distanz. Er sei schlicht nicht interessiert.

Woran er interessiert war, außer dem Zustand der Welt und wie er zu verbessern sei, war nicht herauszubekommen. Vielleicht gab es ja tatsächlich nichts anderes. Wer abschweifen wollte auf Sport, Literatur, Musik, Kochrezepte, das Wetter, sah in ein leeres Gesicht, daß ... derlei Konversation verbat. Ich wußte nach Wochen noch nicht einmal, was er gern ißt. Meine kleine Tochter half in dem Fall, indem sie mir verriet: "Der Bundeskanzler ißt keine Kartoffeln." Das hatte er ihr bei einem Abendessen erzählt.

Mitteilungen über sich selbst fanden nicht statt. Es gab noch nicht mal Abwehr bei ihm in diesem Punkt - Willy Brandt hat mir ja durchaus Zugang gewährt. Ich glaube, so wie viele Männer nicht über ihr Innenleben reden können, weil sie es weder kennen noch zulassen, wußte er schlicht nicht, was ich von ihm wollte. Und ich war immerhin eine geübte 68erin, trainiert im Durchbuchstabieren seelischer Befindlichkeiten. Aber bei allem Erstaunen über meine Unverfrorenheit, mit der ich damals zu Werke ging, haben mir meine vergeblichen Versuche zweierlei deutlich gemacht: Diese Kriegsgeneration war in Gefühlsdingen sprachlos, und Willy Brandt war ein besonders verschlossenes Exemplar.

### **Biographie als Abfolge chronologischer Daten**

Selbst die Beschreibung seiner Kindheit in Lübeck - "unbehaust" hat er sie genannt -, seiner frühen Erfahrung mit den Nazis, der Reise im Fischkutter über die Ostsee in die Emigration, der Rückkehr in das zerstörte Deutschland nach dem Krieg geriet bei ihm zu einer Abfolge chronologischer Daten. Wo er seinen Bedarf an Wärme erfüllte, wie er mit Angst umging, Glücksmomenten, Phasen der Trauer oder Selbstzweifeln, nichts davon war von ihm zu erfahren, auch nicht "unter drei", dem journalistischen Kürzel für Hintergrundinformationen, die nicht veröffentlicht werden dürfen.

In meinem Brandt-Porträt damals bin ich ausgewichen auf einen Satz von ihm aus dem Jahr 1960, den ich in einem seiner frühen Bücher gefunden hatte. "Ich war beliebt, sogar populär im Kreise der Schulkameraden und Jugendgenossen", schreibt er da. "Aber soweit ich in Frage kam, blieben diese Beziehungen meist äußerlich. Es gab kein starkes Gefühl, dem ich mich rückhaltlos ausliefern konnte."

Heute nennen Wissenschaftler eine solche psychische Beschaffenheit "Gefühlsblindheit", und das trifft es bei Willy Brandt ziemlich genau. Zahlreiche Weggefährten hat er verprellt - Her-

bert Wehner, Helmut Schmidt, auch Günter Grass - weil er Nähe nicht zulassen konnte, zu Freundschaften nicht fähig war. Ihre Wutausbrüche und Illoyalitäten aus enttäuschter Liebe haben Brandt schwer beschädigt. Egon Bahr, der Freund, ist die einzige Ausnahme, von der ich weiß, und der hat Brandts "Fernsein" immer akzeptiert.

### **Vergnügliche Abendessen im norwegischen Garten**

Sich auf einzelne Menschen einzulassen war Brandts Sache nicht. Er mochte Leute um sich haben, am liebsten in Gruppen, wo die Gefahr nicht bestand, daß ihn jemand mit Persönlichem belästigte. Dann war er witzig, schlagfertig, entspannt - wir haben mit anderen Gästen vergnügliche Abendessen in seinem norwegischen Garten erlebt, wo die hinreißende Rut Brandt mit ihrer Wärme und ihrer Selbstverständlichkeit jedem das Gefühl vermittelte, er sei besonders willkommen.

In solchen Situationen erzählte Brandt auch keine Witze. Diese Übung war für Genossen-Abende und Journalistenrunden reserviert - die auf Insiderinformationen hungrige Meute zum Lachen zu bringen, Anekdoten preiszugeben, scheinbar zugewandt und mitteilksam zu sein und nichts, aber auch gar nichts zu erzählen. Brandt hat viele Stunden im Kanzlerzug mit derlei Exerzitien zugebracht.

Überhaupt, die Genossen. Ich hatte mir damals notiert: "Brandt hat ein großes Herz für kleine Leute. Aber er will sie um Gottes willen nicht um sich haben."

Das verlangt im Ernst auch keiner vom Kanzler dieser Republik. Aber bei den Sozialdemokraten spielen - zu jener Zeit noch mehr als heute - der Stallgeruch, das Zusammenrücken, das distanzlose Du eine größere Rolle als in anderen Parteien. Willy Brandt hat sich damit schwer getan. Sein Terrain war die Weltpolitik, nicht der Ortsverein. Aber dort hat man Brandt geliebt. Er verkörperte die ganze Latte sozialdemokratischer Schinderei: kleiner Leute Kind, einer von uns, der nach Jahren gröbster Anfeindungen und hinterhältiger Machenschaften des Großkapitals endlich der Gesellschaft das neue Gesicht verleiht. Versöhnung nach außen, Gerechtigkeit nach innen, es gibt viel zu tun, wer denn, wenn nicht er, soll es anpacken.

Mit diesem Elan scharten sich die Parteitruppen hinter Willy Brandt, aber nicht nur sie. Neuwahlen wurden nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum festgesetzt für den 19. November 1972, und draußen krempelten die Menschen die Ärmel hoch. Denn bei aller Distanz, die Willy Brandt für sich beanspruchte, was er erzeugte im Wahlvolk war Nähe - Nähe zu ihm, vor allem jedoch Nähe der Menschen untereinander.

### **Farbe bekennen war das Leitmotiv**

Eine Million "Willy wählen"-Buttons waren im Umlauf, mindestens noch einmal so viele Buttons der Sozialdemokratischen Wählerinitiative "Bürger für Brandt".

Die Leute trugen sie am Mantel, bepflasterten ihre Autos und Fahrräder mit Wahlslogans - an Ampeln lachten sich wildfremde Gleichgesinnte an, überall in Zügen und Straßenbahnen, auf der Straße gab es spontane Gespräche. Farbe bekennen war das Leitmotiv dieser Wahlkampfwochen. In der Kartei der Sozialdemokratischen Wählerinitiative waren die Namen von rund 70.000 ehrenamtlichen Wahlhelfern registriert, die Mehrzahl keine Parteimitglieder. Die "Bürger für Brandt" mobilisierten die schweigende Mehrheit für ihre Straßenfeste, Kunstauktionen, Informationsabende.

Sie schalteten Kleinanzeigen, holten Popstars, Sportler, Wissenschaftler auf ihre Podien. Es war harte, hochpolitische Kleinarbeit. Aber es war wie ein großes Fest. Es gab das gemeinsame Ziel, "mehr Demokratie" zu wagen, und immer mehr Menschen begriffen: Auf dich kommt es an.

Die Kundgebungen mit Willy Brandt hatten gigantische Besucherzahlen – 35.000 in Essen, 20.000 in Hannover, 17.000 in Köln.

Ich hatte ihn kennengelernt auf der Schlußveranstaltung in der Bonner Beethoven-Halle, die ich zwei Tage vor der Wahl moderierte. Zum ersten Mal erlebte ich, mit welcher Intensität er

einen Saal füllen konnte. Er sprach frei, schien immer wieder nachzudenken, wie er seine Sache am besten erklären könne. Die zögerliche Sprechweise suggerierte in ihrer Eindringlichkeit jedem Einzelnen da unten, er sei gemeint, er sei wichtig, gerade bei ihm komme es Brandt darauf an, verstanden zu werden. Das war auch so - aus der Ferne war Willy Brandt sehr zugewandt. Und er war von Grund auf glaubwürdig.

Ich erinnere mich, daß ich die Veranstaltung schloß mit der Feststellung, ich würde Willy Brandt wählen, "nicht um seinetwillen, sondern aus purem Egoismus". Auch das war so.

### **Zwischen Triumph und innenpolitischen Turbulenzen**

Der Triumph der gewonnenen Wahl wurde zerschlagen in innenpolitischen Turbulenzen - Ölkrise, Fluglotsenstreik, härteste Auseinandersetzungen um überhöhte Lohnforderungen der ÖTV. Der Kanzler war gesundheitlich angeschlagen, eine Stimmbandoperation und allgemeine Erschöpfung setzten ihn längere Zeit außer Gefecht. Seine fehlende Durchsetzungskraft wurde immer öfter Gegenstand öffentlicher Kritik. Sie gipfelte in Herbert Wehners Ausfällen gegen Brandt während einer Moskaureise im Herbst 1973: "Der Herr badet gern lau" und "der Regierung fehlt ein Kopf".

Wehner blieb ungestraft, der Parteivorstand stellte sich mit zwölf gegen elf Stimmen hinter ihn. Die Guillaume-Affäre danach war nur noch der letzte Anstoß für das Ende.

Am 1. Mai 1974, eine Woche nach der Verhaftung des DDR-Spions, war Willy Brandt auf seiner letzten Reise als Kanzler unterwegs, ein lang geplanter Ausflug nach Helgoland. Kurz zuvor hatte er durch Innenminister Genschers Büroleiter Klaus Kinkel in Hamburg eine Liste präsentiert bekommen, in der die Aussagen seiner Leibwächter über angebliche Treffen mit Damen verzeichnet waren, die ihm Guillaume "zugeführt" haben soll. Brandt ahnte wohl, daß er dies nicht durchstehen könne, daß nach den jahrzehntelangen Diffamierungskampagnen der rechten Massenblätter ihn jetzt die Kombination von Sex und Spionagethriller zur Strecke bringen werde.

Wir, die mitreisenden Journalisten, ahnten von dieser Liste nichts. Es war trostloses Wetter, Willy Brandt verschanzt hinter seinem steinernen Gesicht. Wir trauten uns nicht, ihn anzusprechen, schon gar nicht auf Guillaume. Am Anleger war außer ein paar Genossen und dem Bürgermeister niemand zum Empfang erschienen. Die Insel schien zu dieser späten Nachmittagsstunde wie ausgestorben. Die Tagesgäste waren abgereist, die Helgoländer hockten in ihren warmen Stuben und sahen Fußball. "Mit Günter wäre das nicht passiert", wurde flüsternd unter den Kollegen herumgereicht - Guillaume hätte den Kanzler mitten ins Gewühl der Butterschiffe geschickt und die Fußballzeiten im Kopf gehabt.

### **"Scheißleben!"**

Es wurde ein Schunkelabend mit viel Alkohol und "Herrn Pastor sin Kau-jau-jau". Die tapferen Genossen hauten dem großen Vorsitzenden aufmunternd auf die Schulter - "wi mok dat schon!" Brandt, der solche Abende ohnehin schwer aushielt, griff zum bewährten Abwehrmittel: Er erzählte Witze. Mitten im trunkenen Trubel starrte er plötzlich auf seine Hände. "Scheißleben!", murmelte er.

Am nächsten Morgen hatte Brandt einen Kater und erschien mit einer Anzugjacke, die nicht zur Hose gehörte. Der Ersatzreferent, ein unerfahrenes Kerlchen, ließ den Kanzler und alle anderen warten, weil er nicht rechtzeitig aus dem Bett gekommen war. Es wurde eine ungemütliche Rückfahrt über rauhe See.

Vier Tage später, am 6. Mai 1974, trat Willy Brandt zurück.<<